Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 81. Sonnabend den 22. März 1890. 84. Jahrgang.

Der Rücktritt des Fürsten von Bismarck.

Der Rücktritt.

Die Enthebung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck von allen seinen Aemtern und sein Rückzug in das Privatleben ist seit dem 20. März feststehende unwiderrufliche Thatsache, aber dieses bedauernswerthe, historisch hochwichtige Ereigniß ist unter Umständen und in einer Form erfolgt, welche des großen Mannes würdig sind. Nicht im Groll ist der Kaiser von seinem Kanzler geschieden, sondern die Trennung ist ihm sehr schwer geworden. Kaiser Wilhelm hatte gehofft, einem Gedanken der Trennung bei Lebzeiten Beider nicht näher treten zu sollen, aber die staatsrechtlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler über die Grenzen der Ministerverantwortlichkeit und die Beziehungen des Ministerpräsidenten zu seinen Collegen richteten eine unübersteigliche Schranke auf, welche nur durch das Scheiden des Kanzlers aus seinen Aemtern beseitigt werden konnte. So schmerzlich auch diese Meinungsverschiedenheit ist, so bleibt sie doch eine Thatsache, deren Gewicht Niemand verkennen wird, und sie würde, wenn sie auch vorläufig unentschieden geblieben wäre, immer aufs Neue hervorgetreten sein und endlich doch zum Bruch geführt haben. So mag es denn besser gewesen sein, daß die Entscheidung sogleich eintrat, ohne die persönlichen Beziehungen des Kaisers zum Kanzler zu berühren. Denn das persönliche Verhältniß zwischen den beiden hervorragenden Männern erscheint heute völlig ungetrübt; glänzender, wie geschehen, konnte die Enthebung des Fürsten Bismarck von seinen Aemtern nicht vollzogen werden.

Fürst Bismarck ist zum Zeichen des unauslöschlichen Dankes, den ihm der Kaiser für seine unvergänglichen Verdienste um Preußen und Deutschland weiht, zum Herzog von Lauenburg erhoben und der Armee durch Ernennung zum Generalobersten der Cavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls, der höchsten militairischen Rangstufe, erhalten worden. Endlich hat ihm der Kaiser sein Bild in Lebensgröße zugehen lassen. Das sind die höchsten Würden und Zeichen der Anerkennung, welche dem Kaiser für den vorliegenden Zweck zu Gebote standen, aber sie gewinnen noch an Bedeutung durch die Art und Weise und den Ton, mit welchem sie dem Empfänger dargeboten worden sind. „Die Verdienste des Reichskanzlers zu belohnen, steht nicht in meiner Macht", sagt Kaiser Wilhelm in der Cabinetsordre vom 20. März in derselben schlichten, liebenswürdigen Form, welche ihm bei allen schriftlichen und mündlichen Aeußerungen von größerer Tragweite so wohl ansteht. Der Kaiser betrachtete es als gnädigste Fügung seines Lebens, daß er den Fürsten als Berather bei seinem Regierungsantritt zur Seite hatte und hat ihm den erbetenen Abschied in der Zuversicht ertheilt, daß der Rath, die Thatkraft und treue Hingebung des Fürsten auch in Zukunft dem Kaiser und dem Vaterlande nicht fehlen werden.

Die Cabinetsordre vom 20. März entspricht in jeder Beziehung der Vorstellung, die wir uns von derselben nach Form und Inhalt von Anfang gemacht hatten; so ist es eigentlich kein Abschied, sondern giebt dem Fürsten Bismarck, unserm hochverehrten Herzog von Lauenburg, nur volle Freiheit, dem deutschen Vaterlande auch ferner seine unschätzbaren Dienste nach eigenem Ermessen und zur Abwendung von Schäden und drohenden Gefahren zu leisten. Der nämliche Grundgedanke, welcher die Enthebung Moltke's von seiner Stellung als Chef des Generalstabes kennzeichnet, findet sich auch in der auf den Reichskanzler bezüglichen Cabinetsordre wieder: Die Unmöglichkeit, auf Dienste Verzicht zu leisten, die nur von dieser Seite erwartet werden können. Bismarck sagte bei einer seiner letzten Reden im Reichstage selbst von sich, daß er das Vertrauen, welches er sich durch seine Amtsführung während eines Menschenalters im Auslande erworben habe, unübertragbar sei. Demgemäß wird er auch handeln, wenn Kaiser und Vaterland seines Rathes und seiner Thatkraft und seiner treuen Hingebung gewärtig sind.

Obwohl aber Alles geschehen ist, was in einem so außerordentlichen Falle geschehen kann, um uns die Scheidestunde zu erleichtern, so bleibt doch ein Gefühl tiefster Wehmuth zurück darüber, daß es nicht möglich gewesen ist, dem Vaterlande die volle Kraft, über welche der Reichskanzler heute noch verfügt, zu erhalten. Es ist doch etwas ganz Anderes, mitten in der Entwickelung der Ereignisse zu stehen und schon die Keime zukünftiger Bildungen beobachten zu können, als nur in Augenblicken von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit ein Gutachten abzugeben. — Durch nichts konnte die weltgeschichtliche Bedeutung Bismarck's klarer vor aller Augen geführt werden als durch die Aufregung, welche sein bevorstehender Rücktritt in der ganzen civilisirten Welt erzeugt hat. Ueberall erhoben sich Zweifel an der Wahrheit der zuerst von der „Kölnischen Zeitung" gebrachten Meldung, die Hoffnung war fast allgemein, daß es auch diesmal wieder gelingen werde, den drohenden Sturm zu beschwichtigen und das berühmte „Niemals" Kaiser Wilhelm's I. wieder in Kraft treten zu lassen. Eine so allgemeine Anerkennung und Werthschätzung ist noch keinem Staatsmanne bei seinen Lebzeiten zu Theil geworden, wie dem Fürsten Bismarck, sogar die Franzosen haben sich herbeigelassen, Bismarck mit Richelieu zu vergleichen, von dem der scheidende Reichskanzler selbst einst im Reichstage sagte, daß er an ihn nicht heranreiche. Richelieu stürzte, wie Bismarck in jener Sitzung sagte, par la haine inassouvie de ses ennemis (durch den unbefriedigten Haß seiner Feinde), während Bismarck sich freiwillig ins Privatleben zurückzog. Diese Absicht besteht heute sicher bei Bismarck, aber ob es ihm möglich sein wird, sie auf die Dauer auszuführen, wollen wir abwarten. Die Unübertragbarkeit des Vertrauens, welches Bismarck sich bei den europäischen Höfen durch seine langjährige Thätigkeit erworben hat, wird ihn häufig genug in die Lage bringen, aus seiner selbstgewählten Muße in stiller Waldeinsamkeit herauszutreten; ein Bismarck kann nicht willkürlich seinen Abschied nehmen, er ist zu sehr verwachsen mit dem Werke, das er hauptsächlich geschaffen hat, und in schwierigen und zweifelhaften Fällen wird man immer und immer wieder auf die Person des Urhebers zurückgreifen.

Wir stimmen deshalb noch nicht endgiltig in die Meinung Derer ein, welche Bismarck von jetzt ab als vollständig zur Ruhe gesetzt ansehen, wir hoffen zuversichtlich, daß seine reiche Erfahrung noch lange dem deutschen Vaterlande zu Heil und Segen gereichen wird. Achilles ist den Achäern noch nicht für immer untreu geworden, und es wird nicht erst des Opfers eines Patroclus bedürfen, um ihn, wenn es Noth thut, aufs Neue auf den Schauplatz seiner unvergleichlich erfolgreichen und ruhmvollen Thätigkeit zurückzurufen. *

Die kaiserlichen Erlasse.

* Der Deutsche Reichsanzeiger und Königlich Preußische Staats-Anzeiger publicirt Folgendes:

Mein lieber Fürst!

Mit tiefer Bewegung habe Ich aus Ihrem Gesuche vom 18. ds. Mts. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Aemtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktrittes jetzt genöthigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue Ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten.

Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem Ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Aemtern als Reichskanzler, Präsident Meines Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht ertheile, daß Ihr Rath und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden.

Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in Meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berather zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie Meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und thatkräftigen Friedenspolitik, die Ich auch künftig aus voller Ueberzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwerthig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als ein Zeichen dieses Dankes verleihe Ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde Ich Ihnen Mein lebensgroßes Bildniß zugehen lassen.

Gott segne Sie, Mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters.

In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener, dankbarer Kaiser und König

Wilhelm I. R.

Berlin, den 20. März 1890.

An den Fürsten von Bismarck.

Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden sehen, in der Sie so lange Jahre hindurch für Mein Haus, wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der unauslöschlichen Verdienste zu gedenken, die Sie sich um Meine Armee erworben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt, in schweren Zeiten die für nöthig erkannte Reorganisation unserer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben die Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee, mit Gottes Hilfe, von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldenmüthigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen Ihre Schuldigkeit als Soldat gethan. Und seitdem, bis auf diesen Tag, sind Sie mit nie rastender Sorgfalt und Aufopferung bereit gewesen, einzutreten, um unserem Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohlthaten des Friedens zu schaffen. Ich weiß Mich eins mit Meiner Armee, wenn Ich den Wunsch hege, dem Mann, der so Großes geleistet, auch fernerhin in der höchsten Rangstellung ihr erhalten zu sehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Obersten der Cavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls und hoffe zu Gott, daß Sie Mir noch viele Jahre in dieser Ehrenstellung erhalten bleiben mögen.

Berlin, den 20. März 1890.

Wilhelm R.

An den General der Cavallerie Fürsten von Bismarck, à la suite des Kürassier-Regiments von Seydlitz (Magdeburgischen) Nr. 7 und des 2. Garde-Landwehr-Regiments.

Deutsches Reich.

* Seine Majestät der Kaiser haben Allergnädigst geruht: den Reichskanzler Fürsten von Bismarck auf seinen Antrag von dem Amte als Reichskanzler zu entbinden und den commandirenden General des X. Armee-Corps, General der Infanterie von Caprivi zum Reichskanzler zu ernennen.

Königreich Preußen.

* Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Präsidenten des Staats-Ministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Bismarck auf seinen Antrag von den Aemtern als Präsident des Staats-Ministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu entbinden und den commandirenden General des X. Armee-Corps, General der Infanterie von Caprivi zum Präsidenten des Staats-Ministeriums zu ernennen, sowie den Staats-Minister, Staatssecretair des Auswärtigen Amts Grafen von Bismarck-Schönhausen mit der Leitung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten einstweilen zu beauftragen.

* * *

* Die gestern in telegraphischer Kürze gegebene Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", den Rücktritt des Fürsten Bismarck betreffend, hat folgenden Wortlaut:

Die Betrachtungen, welche die „Frankfurter Zeitung" über die Stellung des Kanzlers und insbesondere über sein Verhältniß zu der jetzt tagenden internationalen Conferenz anstellt, sind nichts weiter als ein Beweis für den Reichthum an Phantasie, über welchen der resp. Berliner Correspondent des genannten Blattes verfügt. Etwas Wahres enthält der betreffende Artikel nicht.

Es ist zunächst unrichtig, daß das Ausschreiben des Kanzlers auf dem Drange sich an die Arbeiterfrage knüpfe. Die Meinungsverschiedenheiten in den maßgebenden Regionen haben sich vorwiegend auf staatsrechtlichem Gebiet bewegt und die Grenzen der ministeriellen Verantwortlichkeit nach Lage der Verfassung, sowie die Beziehungen des Ministerpräsidenten zu seinen Collegen und die bisher dafür geltenden Unterlagen zum Gegenstand gehabt. Das Erstaunen, mit welchem die „Frankfurter Zeitung" die Thatsache bespricht, daß der Kanzler noch nach der Berufung der internationalen Conferenz im Amte geblieben sei, ist also durchaus ungerechtfertigt. Der Correspondent des Blattes würde sich dasselbe erspart haben können, wenn er auch nur einen Blick auf die Entwickelung unserer socialpolitischen Gesetzgebung während des letzten Decenniums geworfen hätte.

Diese Entwickelung beginnt mit der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881. Durch sie sind die Grundzüge des Systems festgelegt worden, nach welchen „die Heilung der socialen Schäden" auf dem Wege „der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter" in Angriff genommen wurde. Der intellectuelle Urheber dieser Allerhöchsten Botschaft ist Fürst Bismarck gewesen. Er hat die Botschaft entworfen und den Kaiser Wilhelm für dieselbe zu gewinnen gewußt. Fürst Bismarck ist also der Schöpfer unserer heutigen socialpolitischen Gesetzgebung.

Es ist eine Unwahrheit, wenn das Blatt von „scharf motivirter Gegnerschaft des Fürsten Bismarck gegen die Arbeiterschutz-Gesetzgebung" spricht. Die Acten liegen in diesem Punkte klar und sie sind Jedermann zugänglich. In der Sitzung des Reichstages vom 9. Mai 1885 hat der Kanzler seine Stellung zu der Frage der Arbeiterschutz-Gesetzgebung eingehend dargelegt. Er bezeichnete es damals als „in hohem Grade wünschenswerth", als ein „glänzendes Ziel", das dem Arbeiter Sonntagsruhe gewährt und die Dauer des Arbeitstages „billig und schonend" bemessen werde. Aber, fügte er hinzu: „Die große Frage, die sich Einem zuerst aufdrängt, ist die: Ist dem Arbeiter überhaupt damit gedient? Wer bezahlt die Kosten? Der Arbeiter wird nicht die obligatorische Sonntagsruhe mit dem Verlust von 14 Procent seines Jahreslohnes erkaufen wollen." Schon damals hat der Kanzler es ausgesprochen, daß, um mit einer Arbeiterschutz-Gesetzgebung vorzugehen, der Anschluß der übrigen Culturstaaten zu erwerben wäre, und der Kanzler ist es denn auch gewesen, der den Zusammentritt der jetzt hier tagenden Conferenz bei dem Kaiser in Antrag gebracht hat.

Eine weitere Verfälschung der Thatsachen ist es, wenn die „Frankfurter Zeitung" von einem „gezwungenen Verzicht" des Fürsten Bismarck auf das Handelsministerium spricht. Der Verzicht erfolgte auf des Fürsten eigene Anregung, zumal die Aufgaben gerade dieses Ressorts durch die Streikbewegungen und die sich an dieselben knüpfenden Fragen sich derartig erweitert hatten, daß ihre Lösung nur durch eine volle, von anderen Geschäften nicht beanspruchte Arbeitskraft erfolgen konnte.

Die „Frankfurter Zeitung" spricht schließlich von einer feindlichen Stimmung des Reichskanzlers gegen den Staatsrath. Auch dies ist nicht wahr. Wie die internationale Conferenz, so ist auch die Anordnung des Staatsrathes auf Antrag des Kanzlers beschlossen worden. Gerade deshalb ist es endlich, wenn das genannte Blatt behauptet: Fürst Bismarck habe dem Diner zu Ehren der Staatsrathsmitglieder im Schlosse gezwungener Weise beigewohnt. Wie Kaiser Wilhelm I., so hat auch der jetzige Kaiser den Kanzler mit Rücksicht auf dessen Gesundheitszustand von der Theilnahme an Hoffestlichkeiten stets dispensirt. Die Versicherung, daß der Kanzler zum Erscheinen im Schlosse gezwungen worden sei, beweist nur, daß der Correspondent der „Frankfurter Zeitung" von den Verhältnissen am Hofe nichts weiß.

* * *

* In einer Berliner Depesche der Münchener „Allgemeinen Zeitung" wird mitgetheilt: „Unseren Berechnen nach haben Fragen des inneren Staatsrechts die Krisis beschleunigt, namentlich die Frage der Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Cabinetsordre vom 8. September 1852 über die Stellung des Ministerpräsidenten."

* Es ist wohl zunächst eine Folge der allgemeinen Erregung, daß von allen Seiten neue Gerüchte über Personalveränderungen auftauchen. So ist schon seit einigen Tagen in den Blättern davon die Rede, daß auch Staatsminister v. Maybach seine Entlassung zu nehmen beabsichtige. Als sein muthmaßlicher Nachfolger wird ein General genannt. Auch andere Namen zieht das Sensationsbedürfniß der Zeitungen in die politische Erörterung, wohingegen die „Kölnische Zeitung" wohl mit Recht bemerkt haben dürfte, daß der Uebergang in die neuen Verhältnisse sich ohne Ueberstürzung und sicherlich auch ohne sprunghafte Veränderungen in den Personenverhältnissen vollziehen wird.

Fürst Bismarck
als Abgeordneter, Gesandter, preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler.

I.

Bismarck's Lebensgang. — Der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen.

Bismarck's gewaltiges Wirken zu schildern — wenn wir der Aufgabe einigermaßen gerecht werden wollten, müßten wir (so führt die „Kölnische Zeitung" aus) ein großes Werk schreiben. Nur einen flüchtigen Um- und Abriß können wir hier zu zeichnen versuchen. Daß der Studiosus der Rechtswissenschaften Otto von Bismarck-Schönhausen, der zweitgeborene Sohn seiner Eltern, zu Ostern 1832, damals 17 Jahre alt, die Universität Göttingen bezog, dort regelrecht Corpsstudent wurde und die Freundschaft mit dem jungen, später berühmt gewordenen John Motley schloß, die zeitlebens gedauert hat, weiß man. Bismarck vollendete seine Studien in Berlin, wurde 1835 Auscultator am Berliner Stadtgericht und kam 1836 als Regierungs-Referendar in die Rheinprovinz, nach Aachen. Er hat den Rhein außerordentlich lieb gewonnen und er hat ihn auch, wie wenige seiner Landsleute, verstanden. Bismarck war zeitweise in Wiesbaden und machte von dort aus weite und schöne Ausflüge nach dem Rheingau und rheinabwärts. 1837 diente er in Potsdam, besuchte später auch die Akademie in Eldena und bereitete sich darauf vor, ein berufsmäßiger Landwirth zu werden. Er hatte auch schwerlich die Absicht, Berufspolitiker zu werden, als er im Jahre 1847 als Deichhauptmann und ritterschaftlicher Abgeordneter für Jerichow — seinen Heimathskreis — in den Vereinigten Landtag eintrat. Doch machte er sich auf diesem Landtag durch einige bedeutsame und jedenfalls ursprüngliche Reden sehr bemerkbar, und es wuchs ihm mit der Dauer seiner parlamentarischen Thätigkeit erkennbar die Lust am Kampfe. Auf diesem Landtage begründete er seinen Ruf als reactionairer mittelalterlicher Junker dermaßen, daß er sich schon gegen solche Bezeichnungen von Seiten der liberalen Abgeordneten zu wehren hatte. Er hatte sich in einer Rede gegen die Emancipation der Juden dazu bekannt, daß er voller (mittelalterlicher) „Vorurtheile" stecke, daß er sie mit der Muttermilch eingesogen habe. Das hatte er nun sehr oft zu hören, so daß er sich einmal in einer persönlichen Bemerkung gegen den Abg. Krause äußerte: „Der verehrte Redner ist zum dritten Male auf dem etwas müde gerittenen Pferde auf mich eingesprengt, welches vom Mittelalter und hinten Muttermilch heißt." Seine erste Parlamentsrede hielt er am 15. Mai 1847, sie war die Begründung einer Abstimmung. Originalität in der Anschauung wie in den Bildern zeichnete seine Reden schon damals aus; auch ein gewisser Hochmuth, mehr gegenüber der ganzen neuen Einrichtung als den zur Würde von Gesetzgebern erhobenen bürgerlichen Abgeordneten, läßt sich nicht verkennen. Von den letzteren nennt er, nach englischer Sitte, wie einen mit dem Namen, sondern gebraucht Wendungen wie: „ein geehrter Redner aus der Grafschaft Mark", oder „der Herr Abgeordnete, welcher soeben gesprochen hat". Schärfer noch trat er zu den liberalen und constitutionellen Strömungen in Gegensatz auf dem zweiten Vereinigten Landtag im April 1848, der unter dem frischen Eindruck der Märzrevolution tagte. Die Krone hatte die Verfassung versprochen, man sollte das Wahlgesetz und die künftige Verfassung berathen. Seine Stellung zur kommenden constitutionellen Aera kennzeichnete Bismarck, als er in der Begründung seiner Abstimmung gegen die Adresse an den König bemerkte: „Was mich aber veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen, sind die Aeußerungen von Freude und Dank für Das, was in den letzten Tagen geschehen ist. Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedaure es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im Stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat."

In der gleichen Richtung bewegte sich die Thätigkeit Bismarck's in der Zweiten Kammer, die vom 26. Februar bis 27. April 1849 in Berlin tagte. Er war im Kreise Westhavelland gewählt. Sehr bekannt ist sein heftiger Ausfall gegen die Demokratie aus Anlaß der Lieder, die zur Feier des 18. März 1848 in einigen von Abgeordneten besuchten Gesellschaften gesungen worden waren, so namentlich wegen der Zeilen: „Wir färben echt, wir färben gut — Wir färben mit Tyrannenblut" von Dr. Aug. Braß, dem späteren Herausgeber der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". In eben dieser Rede bewies der junge Abgeordnete bereits eine seltene Schlagfertigkeit. Als er die erwähnten Verse angeführt hatte, rief man ihm höhnisch zu: „Singen!" Er erklärte darauf: „Zischen und Geschrei von Singen gehört nicht hierher. Wer das Lied nachher singen will, für den werde ich es hier deponiren." Sehr scharf sprach er sich gegen die Amnestie der Verurtheilten aus dem Aufstande aus, weil dadurch im Volke die Meinung verbreitet werde, als ob das ganze Staatsrecht auf der Barrikade beruhe und als ob das Princip siegreich sei, welchem „Aufrührer jeder Art heldenmüthige Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht sind". Nebenbei bemerkt ist dies unseres Wissens das erste öffentliche Vorkommen der jetzigen officiellen Centrumsdevise. In diese Zeit fällt die erste große politische Rede Bismarck's, die neben